

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
II/4 — 65304 — 5327/66

Bonn, den 6. April 1966

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich gemäß § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737) in der zur Zeit geltenden Fassung die von der Bundesregierung beschlossene

Siebenundzwanzigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolldarfs 1966
(Zollkontingent für Ferrosiliziummangan)

nebst Anlage und Begründung mit der Bitte, die Zustimmung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Es handelt sich um eine dringliche Zollvorlage im Sinne des § 96 a der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Federführend ist der Bundesminister der Finanzen.

Die Verordnung ist gleichzeitig dem Herrn Präsidenten des Bundesrates übersandt worden.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

**Siebenundzwanzigste Verordnung
zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966
(Zollkontingent für Ferrosiliziummangan)**

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 13. September 1965 (Bundesgesetzbl. I S. 1313), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Zolltarif 1966 (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1605) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Anhang II (Zollkontingente) mit Wirkung vom 1. Januar 1966 nach Maßgabe der Anlage ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Anlage
(zu § 1)

Folgendes Zollkontingent wird in den Anhang II aufgenommen:

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	Binnen- Zollsatz % des Wertes	Außen-Zollsatz % des Wertes		Griechen- land- Zollsatz % des Wertes	Nachrichtlich: *) Regelmäßiger		
			allgemein	ermäßigt		Binnen- Zollsatz % des Wertes	Außen-Zollsatz % des Wertes	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
67	Ferrosiliziummangan der Tarifrnr. 73.02 - D, 33 000 t vom 1. Januar 1966 bis 31. Dezember 1966, zur Verarbeitung im Zollgebiet bestimmt:							
	a - 21 300 t mit Ursprung außerhalb der Länder, denen gegenüber der Binnen-Zollsatz gilt (Vorbe-merkung B - I)	—	frei	—	—	frei	3,6	—
	b - 11 700 t	—	0,9	—	—	frei	3,6	—

*) Die Angaben in den Spalten 7 bis 9 haben nur unterrichtende Bedeutung. Sie sind nicht Gegenstand der Beschlußfassung und werden nicht mit der Verordnung verkündet.

Begründung

(1) Ferrosiliziummangan wird als Vorprodukt zur Herstellung von Ferromangan und als Zusatz bei der Eisen- und Stahlherstellung verwendet. Die anderen Mitgliedstaaten der EWG (Frankreich, Belgien) sind nicht in der Lage, den Bedarf der Bundesrepublik zu decken. Die verarbeitende Industrie ist deshalb auf Einfuhren aus Drittländern angewiesen. Hauptlieferland: Norwegen.

(2) Auf den Antrag der Bundesregierung vom 10. Mai 1965 (45 000 t — zollfrei) hat die Kommission der EWG mit Entscheidung vom 1. März 1966 *) der Bundesrepublik für das Kalenderjahr 1966 folgendes Zollkontingent für die Einfuhr von Ferrosiliziummangan aus Nicht-EWG-Ländern gewährt:

Kontingents-Menge:

33 000 t;

Kontingents-Zollsatz:

für 21 300 t = zollfrei,

für 11 700 t = 0,9 % des Wertes.

(3) Die Einfuhr zum regelmäßigen Außen-Zollsatz von 3,6 % des Wertes würde sich nachteilig auf die Preise der unter Verwendung von Ferrosiliziummangan hergestellten Erzeugnisse auswirken. Die Bundesregierung macht deshalb von der ihr erteilten Ermächtigung zur Eröffnung des Zollkontingents Gebrauch.

Die Bundesregierung hat für diese Ware in den Vorjahren auf Grund von Entscheidungen der Kommission der EWG zollfreie Kontingente eröffnet (1965: 44 000 t; 1964: 43 000 t; 1963: 36 500 t; 1962: 42 000 t).

*) Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1966 S. 673